



StopEPA-Kampagne

e-Newsletter No. 14

September 2010



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte

Es ist inzwischen einige Zeit her, dass Sie einen Newsletter von uns erhalten haben. Dies hat zum einen damit zu tun, dass die Kapazitäten innerhalb unseres Bündnisses doch geschrumpft sind. Zum anderen hat es bei den EPA-Verhandlungen – bis auf die Region Südliches Afrika - keine substantiellen Fortschritte und Veränderungen gegeben.

In den vergangenen Monaten wurde verstärkter Druck von der EU auf Namibia ausgeübt, um Namibia so zu einer Unterzeichnung des Interimabkommens zu bewegen. Die StopEPA-Kampagne hat dies zum Anlass genommen und einen offenen Brief an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, geschickt, in dem wir ihn dazu auffordern, sich in der EU dafür einzusetzen, dass Namibia als gleichwertiger Verhandlungspartner respektiert und kein weiterer Druck auf das Land ausgeübt wird. Die Mitglieder der Southern African Development Community (SADC), zu denen auch Namibia gehört, haben inzwischen angeboten, bis zum Ende dieses Jahres ein modifiziertes EPA zu unterzeichnen. In Deutschland wird der Bundestag gemäß neuester Informationen nach der Sommerpause verschiedene (Interim) EPAs ratifizieren. Die StopEPA-Kampagne wird diese Gelegenheit nutzen, um im Vorfeld mit einer Aktion vor dem Bundestag die Abgeordneten über die EPAs zu informieren.

Mit der 14. Ausgabe dieses Newsletters möchten wir Sie über aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Regionen und über die Aktionen der Stop-EPA Kampagne informieren.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA)**, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

----- Inhalt -----

1. [Der Stand der Dinge – Überblick über die einzelnen Regionen](#)
2. [Kampagnennachrichten und Aktionshinweise](#)
3. [links](#) und [tabellarische Übersicht über Regionen](#) und jeweiligen Verhandlungsstand

1. Der Stand der Dinge – Überblick über die einzelnen Regionen

Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika (SADC)

Nachdem im Juni 2009 vier Mitglieder der Southern African Development Community (SADC)¹- Botswana, Lesotho, Swasiland und Mosambik - ein Interim EPA unterzeichnet hatten, kritisierten vor allem Namibia und Südafrika diesen Schritt wegen der negativen Auswirkungen, u.a. wegen des erwarteten Verlustes von Exportsteuern.² Sie lehnten eine Unterzeichnung des Abkommens ohne die Klärung noch strittiger Punkte ab.

Xavier Carim, der stellvertretende Generaldirektor des südafrikanischen Wirtschaftsministeriums, machte im September die Verhandlungsposition Südafrikas deutlich. Aus südafrikanischer Perspektive gibt es mehrere Problembereiche: die Zolltarife, Schutzklauseln im Agrarbereich, die Ursprungsregeln und die Meistbegünstigungsklausel. Südafrikas zielt u.a. auf einen verbesserten Zugang zu den EU-Märkten im Vergleich zum derzeit (nur für Südafrika) geltenden Trade, Development and Cooperation Agreement (TDCA). Carim sieht bessere Entwicklungschancen unter einem EPA nur, wenn es gelingt, industrielle Produkte und landwirtschaftlich weiterverarbeitete Produkten wie Ethanol, Schnittblumen und Wein ohne (hohe) Tarife auf die EU-Märkte zu bringen – unter gleichzeitigem begrenzten Schutz der eigenen Märkte. Die EU hingegen fordert Reziprozität auch bei Produkten, die bislang von dem TDCA ausgeschlossen sind, wie beispielsweise Fleisch, Honig und Wein.

Bei den Ursprungsregeln gilt es insbesondere zwei Fragen zu klären. Zum einen das offene Problem der regionalen Kumulation (welches Produkt darf wie viele Produkt- und Produktionsanteile aus den Nachbarländern haben, um noch als Produkt lokalen/regionalen Ursprungs klassifiziert zu werden) und zum anderen die Definition der Ursprungsregeln in Bezug zu Fisch.³

Derweil übt die EU verstärkt Druck auf Namibia aus. Es wird von Seiten der EU behauptet, dass eine Unterzeichnung notwendig wäre, um den Marktzugang Namibias zur EU weiterhin vor der WTO legitimieren zu können. Namibia hatte jedoch, nachdem sie sich aufgrund von Vorbehalten weigerten, das Interimabkommen Ende 2007 zu unterzeichnen, mehrere strittige Punkte mit Vertretern der EU neu ausgehandelt. Diese wurden allerdings bisher (noch) nicht mit in die aktuelle Fassung eingearbeitet, sodass Namibia nach wie vor das EPA in dieser Form nicht unterzeichnen möchte.

¹ Zur SADC-EPA Verhandlungsgruppe gehören Südafrika, Namibia, Mosambik, Lesotho, Swasiland, Botswana, Angola

² <http://www.pambazuka.org/en/category/features/65419>

³ http://www.tralac.org/cgi-bin/giga.cgi?cmd=cause_dir_news_item&cause_id=1694&news_id=92980&cat_id=1027

Die Handelsminister der SADC haben inzwischen auf einer Konferenz am 17. Juni zugesagt, bis zum Ende des Jahres ein EPA zu unterzeichnen. Dies soll jedoch im Vergleich zu den bisher diskutierten Fassungen deutlich abgespeckter sein. Trotz der Fortschritte, die auf einer Konferenz in Brüssel im Mai 2010 gemacht wurden, ist dieser Beschluss für viele Beteiligte eine Überraschung. Einige halten eine Unterzeichnung bis zum Ende des Jahres daher auch für unwahrscheinlich, da es immer noch viele ungeklärte Fragen gibt. Unter anderem gibt es bei der Meistbegünstigungsklausel (MFN) noch keine Einigung. Nach gegenwärtigem Verhandlungsstand würde gelten, dass die SADC-Länder auch der EU die Handelsvorteile einräumen muss, die sie zukünftig vielleicht anderen (Süd-) Ländern gewähren möchte – wenn der Anteil des Handels dieses Landes am globalen Handel mehr als 1,5% beträgt. Die SADC-Staaten würden diese Grenze gerne auf 5% anheben, um mehr Süd-Süd Handel betreiben zu können, ohne gleich Tür und Tor für die EU öffnen zu müssen. Bis zum Ende dieses Jahres sind weitere drei Treffen zwischen der EU und Vertretern der SADC Verhandlungsgruppe vorgesehen.

[Zurück zur Inhaltsübersicht](#)

Ost- und Südostafrika

Auch die EPA Verhandlungen zwischen Ostafrika und Europa dauern an. Auf einer Konferenz im Juni 2010 haben sich die Vertreter der Länder eine Frist gesetzt, das Abkommen zwischen den Regionen bis Ende November 2010 zu unterzeichnen. Zwar wurde bereits im Jahre 2007 eine Vereinbarung zwischen der East African Community (EAC) und der Europäischen Kommission (EC) ausgehandelt, jedoch ist es seitdem zu keinem formal bindenden Abschluss gekommen, da auch hier einige strittige Punkte noch nicht gelöst bzw. verbindlich in das Abkommen aufgenommen werden konnten. Große Probleme machen weiterhin die ungelösten Fragen bezüglich des Verlustes der Exportsteuern, der Schutz der einheimischen Industrie gegen die deutlich billigeren Importe aus der EU, die finanziellen Zugeständnisse der EU für die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit sowie die Meistbegünstigungsklausel.

Größter Befürworter des EPAs innerhalb der EAC bleibt weiterhin Kenia, die nicht als LDC, also „Least Developed Country“, gelistet sind und daher aktuell weniger Handelsvorteile in der EU genießen als alle anderen EAC Mitglieder.

Die malawische Regierung dagegen lehnt nach wie vor eine Unterzeichnung ab – trotz des Bemühens einer hochrangigen, extra angereichten EU-Delegation. Die malawische Handelsministerin Eunice Kazembe machte deutlich, dass Malawi noch nicht von den Vorteilen des EPAs in seiner jetzigen Form überzeugt sei. Malawi verfüge über keinen

eigenen Meerzugang, habe eine schwache öffentliche Infrastruktur, eine niedrige Arbeitsproduktivität, inadäquate technologische Kapazitäten und unzuverlässige öffentliche Versorgungsbetriebe. Dies alles trüge dazu bei, dass das EPA in seiner jetzigen Form nicht zur Entwicklung des Landes beitragen würde und daher nicht akzeptabel sei. Auch das "Malawi Economic Justice Network" (MEJN), ein Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, äußerte Bedenken bezüglich der positiven Effekte des EPAs insbesondere mit Blick auf die regionalen Integration.⁴

Lokale Vertreter der Zivilgesellschaft in Ostafrika sehen die bisherige Nichtunterzeichnung des EPAs als einen großen Teilerfolg ihres Engagements und sind überzeugt, dass es ohne substantielle Verbesserungen auch in der zweiten Hälfte des Jahres zu keiner Unterzeichnung kommen werde.⁵

[Zurück zur Inhaltsübersicht](#)

Westafrika

Seit dem Tod des nigerianischen Präsidenten Yar'Adua ist der ghanaische Botschafter Victor Gbeho vorübergehend EPA Verhandlungsführer bis Dezember 2010. Derweil betonen die Beteiligten, dass vor allem ein Konsens bei der entwicklungspolitischen Dimension von Nöten sei, um die Verhandlungen weiter voran bringen zu können.

Daher forderten im Februar die westafrikanischen Vertreter Vortreffen mit Abgeordneten der EU, bevor sie sich auf weitere Verhandlungen einlassen würden. Im November 2009 hatte Westafrika die Liberalisierung der Zölle für 67 % der von der EU in der Region angebotenen Waren angeboten und forderte eine bis zu 25 Jahren andauernde Übergangsfrist für bestimmte Produkte. Die Europäische Gemeinschaft pochte jedoch weiter auf die Liberalisierung von mindestens 70 % aller Güter und Dienstleistungen. Weitere Differenzen gibt es in den Bereichen Marktzugang, Ursprungsregeln, bei den Modalitäten für die Finanzierung des EPA Entwicklungsprogramms, der Meistbegünstigungsklausel, der Nichtausführungsklausel sowie bei den Agrarsubventionen.

Zudem verzögert sich die Umsetzung des EU-Kamerun Interims-EPA seit mehr als zwei Jahren, wobei die zentralafrikanischen Beamten die Schuld beim komplexen EU Verwaltungsverfahren sehen.⁶

[Zurück zur Inhaltsübersicht](#)

⁴ <http://ipsnews.net/news.asp?idnews=52306>

⁵ <http://www.pambazuka.org/en/category/features/65419>

⁶ http://www.acp-eu-trade.org/index.php?loc=newsletter/acp-eu-trade/TNI_0210_nego-update_longer-version.php

Pazifik

Fidschi und Papua-Neuguinea sind die ersten beiden Staaten im Pazifischen Ozean, die von der neuen präferenziellen Ursprungsregel in Bezug auf die Ausfuhr von verarbeitetem Fisch und Meeres-Produkten auf den europäischen Markt im Rahmen des EPA profitieren.

Fisch kann nun, unabhängig von seiner Herkunft, aus beiden pazifischen AKP-Staaten frei von Zöllen und Quoten in die EU exportiert werden, solange er in Fidschi oder Papua-Neuguinea vorgekocht, verpackt oder in Konserven verkauft wird.⁷

Angesichts der Besonderheiten der Region und des langsamen Fortschritts ist die Perspektive für ein umfassendes regionales EPA derzeit unklar. Regionale Verhandlungen werden laut der EU weitergehen, wenn Partnerländer dieses so wünschen. Alternativ könnte man auf bereits bestehende Interimabkommen bauen und diese auf weitere Länder ausweiten – eine Möglichkeit die von manchen in der Region zunehmend favorisiert wird.⁸

[Zurück zur Inhaltsübersicht](#)

Karibik

Nach der Unterzeichnung des EPAs vor zwei Jahren ist nun die große Herausforderung die Umsetzung des Abkommens.

Der frühere Premierminister von Barbados, Owen Arthur, kritisiert ein Implementierungsdefizit in der Region. Er weist daraufhin, dass in den letzten zwei Jahren nicht genug für die Umsetzung getan worden sei.⁹ Auch Ronald Sanders, ein ehemaliger Diplomat der Karibik, fragt sich „Has the Caribbean benefited from EPA with Europe [...]?“ Sanders macht in seinem Artikel deutlich, dass eine Kontrolle und Überprüfung des Fortschritts wichtig sei, nicht zuletzt wegen der wichtigen Revisionsklausel, welche eine Überprüfung nach fünf Jahren erlaubt. Informierten Quellen in der Region zu Folge habe manche Regierungen wenig, andere nichts für die Implementierung des Abkommens getan, so Sanders in seinem Artikel. Er kritisiert das Vorgehen der EC in einigen Fällen als nicht partnerschaftlich, so beispielsweise die Kündigung des Zuckerprotokolls, was für karibische Länder zu dem Verlust des Vorzugspreises für Zucker führt.¹⁰

Sowohl die EU als auch die Karibik sind an einer Neudefinition ihrer außenpolitischen Prioritäten im Rahmen einer sich rasch entwickelnden geopolitischen Szene interessiert. Die Entwicklung von mehreren Programmen, die die wirtschaftliche Integration der Karibik in

⁷ http://www.acp-eu-trade.org/index.php?loc=newsletter/acp-eu-trade/TNI_0210_nego-update_longer-version.php

⁸ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146263.pdf

⁹ http://www.delbrb.ec.europa.eu/en/epa/one_year_on/Barbados_Advocate-Get_EPA_implementation_going.pdf

¹⁰ <http://www.jamaicaobserver.com/columns/Sanders-Apr-18>

die OECS (Organization of Eastern Caribbean States), den Aufbau von Kapazitäten und die Unterstützung der Karibik Export Development Agency beinhalten, begann Ende März.¹¹

2. Kampagnennachrichten und Aktionshinweise

MDG-Aktion in Berlin „5 vor 2015“ fordert Aktionsplan zur Armutsbekämpfung

Mit acht zwei Meter hohen Plexiglas-Säulen vor dem Brandenburger Tor hat "Deine Stimme gegen Armut" gemeinsam mit anderen Kampagnenbündnissen seinen Forderungen Nachdruck verliehen. Live vor Ort wurden die Säulen mit Reissäcken, Schulbüchern, Medikamentenschachtel und Wasserflaschen gefüllt, allerdings nur bis zu der Höhe, die der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) in Afrika entspricht. Auf diese Weise wurde deutlich, wie weit die Entwicklungsziele noch von ihrer Umsetzung entfernt sind. Die Stop EPA Kampagne beteiligte sich im Zusammenhang mit dem Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Partnerschaft und Steigerung der Entwicklungshilfe.

Briefe an Minister Niebel und EU Handelskommissar De Gucht mit der Forderung, den Druck auf Namibia zu verringern ([28.06.2010](#))

Wie bereits erwähnt, weigert sich Namibia (SADC Gruppe) nach wie vor, das EPA in seiner jetzigen Form zu unterzeichnen. Mehrfach wurde seitens der EU Druck aufgebaut. So verfasste das europäische StopEPA-Bündnis einen offenen Brief an EU-Handelskommissar De Gucht, die deutsche StopEPA-Kampagne einen offenen Brief an Minister Dirk Niebel. Der Brief machte deutlich, dass die Bedenken Namibias bezüglich der derzeit vorliegenden Fassung des Abkommens legitim sind, da sie „schwerwiegende Auswirkungen auf die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung“ hätten, wie beispielsweise durch den Wegfall der Exportsteuer. Mehrere neu verhandelte Punkte gelte es in das bestehende Abkommen aufzunehmen und einzuarbeiten. Der Brief schließt mit der Forderung, sich für die Rücknahme des Druckes auf Namibia einzusetzen.

Die Antwort des Ministeriums folgte am 27.07.2010, in welchem zum Ausdruck gebracht wird, dass die Interimsabkommen als vorläufige Lösung gesehen werden. Des Weiteren wird das Bedauern über das bisherige Nicht-Zustandekommen eines Abkommens mit Namibia ausgedrückt, jedoch deutlich darauf hin gewiesen, dass eine Unterzeichnung unabdingbar ist, um den Marktzugang in die EU nutzen zu können.

¹¹ http://www.acp-eu-trade.org/index.php?loc=newsletter/acp-eu-trade/TNI_0210_nego-update_longer-version.php

Leider wird mit keinem Wort erwähnt, wie Namibia garantiert werden kann, dass die bisher geklärten sowie die noch ausstehenden kritischen Aspekte des Abkommen wirklich rechtsverbindlich eingehalten werden.

Ratifizierung einzelner EPAs im Bundestag - Unterschriftenaktion „Eine Frage globaler Verantwortung“

Nach wie vor steht eine Ratifizierung bisher unterzeichneter EPAs (Karibik, Cote d'Ivoire) im Bundestag aus. Dies soll nun nach der Sommerpause erfolgen. Das StopEPA-Bündnis plant hierzu die Übergabe der bisher gesammelten Unterschriften – und fordert noch einmal dazu auf, Unterschriften zu sammeln und ausgefüllte Listen an die KOSA-Geschäftsstelle in Bielefeld zu senden. Die Listen können heruntergeladen werden unter:

http://www.stopepa.de/img/U_Liste_Globale_Verantwortung.pdf

[Zurück zur Inhaltsübersicht](#)

3. Links

Eine Zusammenfassung zum Stand der EPA Verhandlungen aus der März Ausgabe 2010, der monatlich erscheinenden Publikation "Trade Negotiations Insights".

„Trade Negotiations Insights: A joint ECDPM and ICTSD monthly publication on the major issues faced by African and ACP countries in their international trade negotiations at the WTO and with the EU in the context of the Cotonou Agreement“

http://www.acp-eu-trade.org/index.php?loc=newsletter/acp-eu-trade/TNI_0210_nego-update_longer-version.php

Artikel über Stand der EPA Verhandlungen im Südlichen Afrika

<http://ipsnews.net:80/news.asp?idnews=51984>

Artikel über den Stand der EPA Verhandlungen in Ostafrika

<http://www.pambazuka.org/en/category/features/65419>

Resolution der East African Community anlässlich der Nicht-Unterzeichnung des EPAs

<http://www.eac.int/component/content/article/34-body-text-area/303-documents-and-publications.html>

Paper der Europäischen Union zum aktuellen Stand der Economic Partnership Agreements zwischen EU und ACP Ländern, Stand: Juni 2010; unter anderem zum Fortschritt, bzw. der Realisierung der Verhandlung in den einzelnen Regionen.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146263.pdf

[Offener Brief der StopEPA-Kampagne an Minister Niebel](#) (Juni 2010) und die [Antwort des Ministeriums](#) (Juli 2010)

[Offener Brief der europ. StopEPA Bündnisses an Karel De Gucht](#) (European Commissioner for Trade) (18. Juni 2010). Kritischer Bezug zu den andauernden Verhandlungen des Interimabkommens mit Namibia

[Antwortschreiben von De Gucht](#), dem Europäischen Handelskommissar (12. Juli 2010)

[Resolution der East African Legislative Assembly](#) (03. Juni 2010) mit der Forderung/Empfehlung an die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), EPAs erst dann zu unterzeichnen bis diese überarbeitet wurden (kritische Punkte)

[Ministererklärung des namibischen Handels- und Industrieministers Hon. Hage Geingob](#) zum Stand der EPA-Verhandlungen (19. Mai 2010)

[Brief der SACU](#) (Southern African Customs Union) an den neu ernannten EU-Handelskommissar Karel de Gucht (11. Februar 2010)

[“Financing Food – Financialisation and Financial Actors in Agriculture Commodity Markets”](#) (April 2010) Bericht der niederländischen Organisation SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations) über die Funktionsweise von Agrarmärkten und deren Hauptakteure.

[Zurück zur Inhaltsübersicht](#)

Tabellarische Übersicht über Regionen und jeweiligen Verhandlungsstand

Quelle: http://www.stopepa.de/img/EU_100611_Update_EPA_state_of_play_final.pdf

Status	Agreement	Comments
<i>Signed agreements approved by the EP</i>	Cariforum	Signed on 15 October 2008 and approved by the EP on 25 March 2009. Provisionally applied.
	Côte d'Ivoire	Signed on 26 November 2008 and approved by the EP on 25 March 2009.
<i>Signed agreements</i>	Cameroon	Signed on 15 January 2009.
	SADC	Signed by the EU and by Botswana, Lesotho and Swaziland on 4 June 2009. Mozambique signed the agreement on 15 June 2009. <u>Namibia</u> has indicated it is not ready to sign.
	Pacific	Signed by the EU and Papua New Guinea on 30 July and by Fiji on 11 December. PNG applies provisionally.
	ESA	Signed by the EU and by Madagascar, Mauritius, the Seychelles and Zimbabwe on 29 August 2009. Seychelles have ratified. <u>Comoros</u> and <u>Zambia</u> have not yet signed.
<i>Signature pending</i>	Ghana	<u>Ghana</u> and European Community signature arrangements are pending.
<i>Signature put on hold</i>	EAC	<u>EAC</u> has indicated it is not ready to sign the iEPA

ANNEX 2: EPA NEGOTIATING REGIONS

(i) CARIFORUM (Caribbean Forum of ACP States)

CARIFORUM consists of the Caribbean Community (CARICOM) and Dominican Republic

Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominican Republic, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaica, St. Lucia, St. Vincent, St. Kitts and Nevis, Suriname, Trinidad and Tobago

(ii) Central Africa

The regional negotiators for Central Africa are CEMAC / CEEAC (Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale / Communauté Economique Des Etats De L'Afrique Centrale)

Cameroon, Gabon, Equatorial Guinea, Congo Brazzaville, Democratic Republic of Congo (DRC), Chad, Central African Republic, São Tomé e Príncipe

(iii) West Africa

The regional negotiator for West Africa is CEDEAO / ECOWAS (Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest / of Economic Community West African States) in collaboration with UEMOA (Union Economique et Monétaire Ouest Africaine)

Benin, Burkina Faso, Cape Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea Bissau, Liberia, Mali, Mauritania, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo

(iv) The Southern Africa Development Community (SADC) EPA Group

The SADC secretariat assists the SADC EPA group in negotiations

Angola, Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, South Africa, Swaziland

(v) The Eastern and Southern Africa (ESA) EPA Group

The COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa) secretariat facilitates negotiations for the ESA EPA group

Comoros, Djibouti, Eritrea, Ethiopia, Malawi, Mauritius, Madagascar, Seychelles, Sudan, Zambia, Zimbabwe

(vi) The East African Community (EAC)

The East African Community (EAC) Secretariat co-ordinates negotiations for the EAC States

Burundi, Kenya, Rwanda, Tanzania, Uganda.

(vi) Pacific

The Pacific ACP Countries are negotiating as a region, assisted by the Pacific Islands Forum Secretariat

Cook Islands, Micronesia, Fiji, Kiribati, Marshall Islands, Nauru, Niue, Palau, Papua New Guinea, Samoa, Solomon Islands, Tonga, Tuvalu, Vanuatu

ANNEX 1: CURRENT TRADE REGIME BY ACP COUNTRY

Region	Countries (<u>LDCs underlined</u>)	Non LDC	LDC
Comprehensive EPA (signed and provisionally applied)			
CARIFORUM	Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominican Republic, Grenada, Guyana, <u>Haiti*</u> , Jamaica, St. Lucia, St. Vincent, St. Kitts and Nevis, Suriname, Trinidad and Tobago	14	1
Interim Agreements (some signed, none implemented)			
SADC	Botswana, <u>Lesotho</u> , <u>Mozambique</u> , Namibia, Swaziland	3	2
Pacific	Fiji, Papua New Guinea	2	0
EAC	<u>Burundi</u> , Kenya, <u>Rwanda</u> , <u>Tanzania</u> , <u>Uganda</u>	1	4
ESA	<u>Comoros</u> , <u>Madagascar</u> , Mauritius, Seychelles, <u>Zambia</u> , Zimbabwe	3	3
Central Africa	Cameroon	1	0
Western Africa	Côte d'Ivoire, Ghana	2	0
Total		26	10
General System of Preferences (GSP, including EBA)			
Central Africa	<u>Central African Republic</u> , Rep. Congo, <u>DR Congo (Kinshasa)</u> , <u>Chad</u> , <u>Equatorial Guinea</u> , Gabon, <u>São Tome</u>	2	5
West Africa	<u>Benin</u> , <u>Burkina Faso</u> , Cape Verde*, <u>Gambia</u> , <u>Guinea</u> , <u>Guinea Bissau</u> , <u>Liberia</u> , <u>Mali</u> , <u>Mauritania</u> , <u>Niger</u> , Nigeria, <u>Senegal</u> , <u>Sierra Leone</u> , <u>Toغو</u>	1	13**
ESA	<u>Djibouti</u> , <u>Eritrea</u> , <u>Ethiopia</u> , <u>Malawi</u> , <u>Somalia</u> , <u>Sudan</u>		6
Pacific	Cook Islands, <u>East Timor</u> , <u>Kiribati</u> , Marshall Islands, Micronesia, Nauru, Niue, Palau, <u>Samoa</u> , <u>Solomon Islands</u> , Tonga, <u>Tuvalu</u> , <u>Vanuatu</u>	7	6
SADC	Angola		1
Total		10	31
Trade, Development and Co-operation Agreement			
South Africa		1	
Total		37	41

* Haiti does not yet provisionally apply, pending ratification by the Haitian Parliament.

** Cape Verde is no longer an LDC, but graduated recently and still qualifies for EBA until end-2010